



2009/40 Inland

<https://shop.jungle.world/artikel/2009/40/45>

4,5

Von **Elvira Hieb**

<none>

Die Rechnung scheint simpel zu sein: Schwarz-Gelb = Laufzeitverlängerung für AKW = üppige Gewinne für die Energiekonzerne. Konsequenterweise stiegen die Aktienkurse von Eon und RWE unmittelbar nach der Wahl um 4,5 bzw. 4,2 Prozent, können doch die Betreiber der deutschen AKW verschiedenen Schätzungen zufolge mit Gewinnen im dreistelligen Milliardenbereich rechnen, wenn die Laufzeiten verlängert werden.

Haben die Anleger etwa das Wahlkampfprogramm der CDU und der CSU nicht richtig gelesen? Danach müssten sich vor allem Forscher und Bürger freuen: »Der größte Teil des zusätzlich generierten Gewinns aus der Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke soll (...) zur Forschung im Bereich der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien sowie zur Senkung der Strompreise genutzt werden.« Oder zweifelt jemand daran, dass die Kanzlerin mit ihrem Charme die Konzerne dazu zu bewegen vermag, ihre Profite über Jahre mehrheitlich für gute Zwecke auszugeben? Offenbar die pfiffigen Anleger, die vermuten, dass sich vielleicht doch eher die FDP durchsetzen könnte. Die verlangt von den Konzernen lediglich, »einen Teil der finanziellen Vorteile« an eine noch zu gründende Stiftung »zur Forschung an innovativen Energietechnologien« abzuführen.

Doch halt: Selbstverständlich wollen sowohl die Unionsparteien als auch die FDP lediglich die Laufzeiten »sicherer« AKW verlängern. Davon gibt es, selbst wenn man unter »sicher« lediglich »frei von Pannen« versteht, nicht viele. Eine in den Programmen ebenfalls eingeplante »sichere Endlagerung« (CDU/CSU) bzw. »sichere Lösung für den Verbleib hochradioaktiver Abfälle« (FDP) wird sich als noch kniffliger erweisen. Und dann sind da noch die munteren Atomkraftgegner, die in 24 Stunden nach der Bekanntgabe der Wahlergebnisse 25 000 Unterschriften gegen Atomkraft sammelten, der potenziellen Regierung vorlegten und fast ein wenig schadenfroh daran erinnern, wie sich Schwarz-Gelb in der Vergangenheit an der Bewegung »die Zähne ausgebissen« hätte. »Reihenweise mussten damals Atomprojekte aufgegeben werden: Wackersdorf, Kalkar, Mülheim-Kärlich, Würgassen etc. Und es war Bundesumweltministerin Angela Merkel, die im Sommer 1998 den Stopp aller Atomtransporte verkünden musste«, liest man auf der Seite der Kampagne »Ausgestrahlt«.